

Wetterextreme und extremes Politikversagen

Udo E. Simonis

Hurrikan „Katrina“, Feuer „Iberia“, Flut „Bavaria“ – die Häufigkeit und Intensität von Wetterextremen wird kaum noch überraschen, nach allem, was man gehört und gesehen hat. Extreme Wetterlagen, das bedeutet Sturm und gewaltige Regenmengen in kurzer Zeit hier und lange Trockenperioden und Dürre dort. Liegt aber vielleicht in der Gleichzeitigkeit solcher Ereignisse die Überraschung – die Chance für einen gesellschaftlichen Lernerfolg, für pro-aktiven Umweltschutz, für ein langfristiges und interdependentes Politikverständnis?

Wenn, wie in Louisiana, Hunderttausende von Menschen vor Sturm und Wasser auf der Flucht sind, wenn, wie auf der iberischen Halbinsel, die Nachbarn zur Eindämmung der Feuersbrünste um Hilfe gebeten werden müssen, wenn, wie in den Überschwemmungsgebieten der Schweiz, Österreichs und Bayerns erhebliche staatliche Mittel für die Schadensbewältigung benötigt werden, weil Häuser nicht mehr privat versicherbar sind – dann ist Einsicht gefragt, dann sollte Einkehr möglich sein. Wie aber steht es damit?

Der Klimawandel wird Wetterextreme zeitlich beschleunigen und ihre Schadenswirkung exponentiell steigern. So stand es schon im ersten, so stand es im zweiten und besonders deutlich im dritten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses über den Klimawandel – dem IPCC-Bericht. Vermeidung der Ursachen des Klimawandels, Minderung der Schadensausmaße und Anpassung an den stattfindenden Klimawandel – dies sind die grundsätzlichen Optionen, die offen stehen.

US-Präsident Bush erklärte den Bundesstaat Louisiana mit der Jazzmetropole New Orleans zum Katastrophengebiet, bevor Bürgermeister Nagin dann die Zwangsevakuierung der Stadt anordnete. Bislang deutet nichts darauf hin, dass die USA nun Einkehr halten und den internationalen Klimaschutzvertrag (das Kyoto-Protokoll) doch noch unterschreiben werden. Die Länder der iberischen Halbinsel sind Mitglieder dieses Vertrages, doch sie haben seit Jahren die höchsten Zuwachsraten an Treibhausgasemissionen in Europa – und zugleich zunehmende Wasserknappheit aufgrund höchst ineffizienter Bewässerungslandwirtschaft und enorm hoher Ausweisung von Flächen für Wasser verbrauchende Golfplätze. Es ist noch nichts davon bekannt, dass in Spanien und Portugal inzwischen die Einsicht gereift ist, nun Energie und Wasser drastisch einzusparen.

Und wie steht es nach den jüngsten Überschwemmungen in Bayern um die Einsicht in verschärfte Umweltstandards für Deutschland? Ökologie braucht Vorrang, so könnte man nach all diesen Erfahrungen meinen. Denn man kann vieles infrage stellen, manches überwinden – nicht aber die Naturgesetze.

Was aber hat in Wirklichkeit Vorrang? Nach der so genannten Jahrhundertflut des Jahres 2002 ist vom Bundestag ein Vorsorgeorientiertes Hochwasserschutzgesetz erarbeitet worden, das auch – am 10. Mai 2005 – in Kraft trat, aber in die Bund-Länder-Konfliktlinie geraten war und so arg verwässert wurde. Den deutschen Flüssen und Bächen stehen heute wegen Begradigung, Staustufen, Verkehrs-

wegen und der Ausweisung von Baugebieten nur noch ein Fünftel ihrer früheren natürlichen Überschwemmungsflächen zur Verfügung. Entsprechend forderte der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) nach den jüngsten Flutereignissen ein Sofortprogramm zur Renaturierung der Flüsse und Bäche, den Stopp intensiver Landwirtschaft in Überschwemmungsgebieten und Deichrückverlagerungen. Alles recht harmlose Forderungen und einfache Maßnahmen, die zudem in die Falle des eingeeengten Vorsorgebegriffs des Hochwasserschutzgesetzes geraten: Die Verwaltung und die Bevölkerung sollen besser auf das nächste Hochwasser vorbereitet sein, die Sachschäden sollen begrenzt werden. Doch jeder Deich ist zu niedrig, jedes Rückhaltebecken zu klein, wenn nicht auch die Ursachen der Wetterextreme angegangen werden – die Treibhausgasemissionen, die mit der Industriestruktur und unserem Lebensstil zusammenhängen.

Diese Emissionen auf ein für Mensch und Natur ungefährliches Maß zu senken, ist das erklärte Ziel des Kyoto-Protokolls – eines multilateralen Vertrages mit rechtsverbindlichen Reduzierungspflichten, die kontinuierlich verschärft werden müssten. Wer aber hat daran ein Interesse? Die Amerikaner nicht, wie mehrere ihrer Präsidenten beteuert haben; der „American way of life“ stehe nicht zur Disposition. Die Iberer wären auch erst noch umzustimmen. Und die Deutschen?

Während der amtierende grüne Bundesumweltminister sich in der Einschätzung der Hochwasserschutzpolitik Bayerns zuerst lobend, dann aber kritisch geäußert hat, ist der designierte rote Minister klimapolitisch ein unbeschriebenes Blatt. Anhänger der Öko-Steuer, die – angesichts aller drei erwähnten Beispiele von Wetterextremen – möglichst schnell weltweit eingeführt werden müsste, dürften in der schwarz-roten Koalition eher selten sein. Und was ist von der Wirtschaft zu erwarten? Hat sie die zunehmenden ökonomisch-ökologischen Interdependenzen begriffen?

Nun, von der Versicherungswirtschaft wird in Katastrophenfällen Schadensersatz nicht mehr zu erwarten sein – oder nur noch, wenn eine zusätzliche Elementarschadensversicherung besteht. Doch was unsere Industrielite angeht, wurde deren klimapolitische Inkompetenz jüngst – und ausgerechnet nach Hurrikan, Feuer und Flut – erneut bestätigt: Der BDI fordert die Abwendung vom Kyoto-Protokoll und stattdessen eine Allianz mit den USA, jenem Land, in dem eine Großstadtregion gerade zwangsevakuert worden war.

Stürmische Zeiten stehen bevor, wenn extreme Wetterlagen mit einseitigen Wirtschaftsinteressen und akutem Politikversagen einhergehen.

Prof. Dr. Dr.h.c. Udo E. Simonis ist Professor für Umweltpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin und Herausgeber des „Jahrbuch Ökologie“.
e-mail: simonis@wz-berlin.de